



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 11/18 • 16.03.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Erstmals seit 11 Jahren hat am Donnerstag die Ministerpräsidentenkonferenz wieder in Brüssel getagt. Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder legten unter saarländischem Vorsitz eine Brüsseler Erklärung vor, die zentrale Forderungen der Länder im Dialog mit der Europäischen Union formuliert.

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder hatten bei ihrer Konferenz in Brüssel die Gelegenheit, sich mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Union zur Zukunft der Europäischen Union, der Flüchtlings- und Migrationspolitik und der Kohäsionspolitik nach 2020 sowie weiterer Themen auszutauschen.

Gesprächspartner waren Kommissionspräsident Juncker, Kommissar Günter Oettinger und Kommissarin Corina Crețu unter anderem. Auch ein Austausch mit dem Brexit Chef-Unterhändler Michel Barnier zum Verhandlungsstand und den erwarteten Auswirkungen des Brexit stand auf dem Programm.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union



VEREINIGTE STAATEN

VEREINIGTE STAATEN



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission – Europäische Arbeitsbehörde soll grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer und Selbständige unterstützen	
• Europäisches Parlament – Sonderausschuss zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln eingerichtet	
• Europäisches Parlament – Besserer grenzüberschreitender Pakettransport zur Förderung des Online-Handels	
• Europäischer Gerichtshof - Urteil zum Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Organismen	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>7</b>
• Brexit-Verhandlungen - Barnier präsentiert Entwurf für Austrittsvertrag	
• Vorbereitung auf den Brexit - EU-Kommission gibt Hinweise zu Folgen für einzelne Branchen	
• Desinformation im Netz - Expertengruppe setzt auf Selbstregulierung	
• „Das kann der ELER“ - Broschüre erklärt EU-Förderung ländlicher Räume	
• Neue interaktive Karte zeigt Unterstützung von KMUs durch EU-Investitionen	
• EU-Bewertungsverfahren auf dem Prüfstand - Vorschläge für mehr Transparenz im Lebensmittelrecht gefragt	
• EU-Warnsystem – Bericht für 2017	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>13</b>
• Europäisches Jahr des kulturellen Erbes	
• Gemeinde Barleben in neuer europäischer Peer-to-Peer Initiative	
• GESUNDHEIT EUROPÄISCH FÖRDERN - Vernetzen und informieren zu Gesundheitsthemen in Horizont 2020	
• Schülergruppe besucht Landesvertretung Brüssel	
• Konferenz: „Under Construction“ - 22. bis 24. März 2018 in Magdeburg	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>18</b>
• Rechnungshof- Stellenausschreibung	
• KOM – Allgemeines Auswahlverfahren	
• EP – Stellenausschreibungen	
• Generalisten-Concours ausgeschrieben	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>20</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>22</b>
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>25</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>26</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission – Europäische Arbeitsbehörde soll grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer und Selbständige unterstützen

Die EU-Kommission will den sozialen Schutz für Arbeitnehmer und Selbständige in der EU stärken. Dazu hat sie am 13. März die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde vorgeschlagen und eine Empfehlung vorgelegt, wie Arbeitnehmer und Selbständige besseren Zugang zum Sozialschutz bekommen. Außerdem soll die Umsetzung der sozialen Rechte in den EU-Mitgliedstaaten in Zukunft jährlich auf den Prüfstand.

Die Europäische Arbeitsbehörde soll den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den nationalen Verwaltungen helfen, die Chancen der Freizügigkeit, optimal zu nutzen und eine faire Arbeitskräftemobilität zu gewährleisten.

Es werden drei Ziele verfolgt:

1. Die Europäische Arbeitsbehörde soll die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen über Arbeits-, Ausbildungs-, Mobilitäts-, Einstellungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten informieren. Außerdem wird sie Informationen über Rechte und Pflichten bereitstellen, die mit dem Leben, Arbeiten und/oder der unternehmerischen Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat der EU verbunden sind.
2. Die Europäische Arbeitsbehörde soll die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei grenzüberschreitenden Sachverhalten fördern. Sie soll sicherstellen, dass die EU-Rechtsvorschriften zur Mobilität leicht nachvollziehbar sind.
3. Die Europäische Arbeitsbehörde soll grenzüberschreitenden Streitfällen vermitteln und auf Lösungen hinwirken.

Ihre Arbeit als dezentrale EU-Agentur wird die Europäische Arbeitsbehörde nach Abschluss des entsprechenden EU-Gesetzgebungsverfahrens im Jahr 2019 aufnehmen können.

Die Kommission hat auch eine Empfehlung vorgelegt, wie die Mitgliedstaaten allen Arbeitnehmern und Selbständigen Zugang zum Sozialschutz ermöglichen können. Insbesondere betrifft der Vorschlag diejenigen, die aufgrund ihres Beschäftigungsstatus nicht ausreichend durch die Systeme der sozialen Sicherheit abgesichert sind.

Die Kommission veröffentlichte ferner eine [Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, in der der Rechtsrahmen für jeden einzelnen Grundsatz der europäischen Säule sozialer Rechte in Erinnerung gerufen](#) und auf die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche der EU und der Mitgliedstaaten sowie die Rolle der Sozialpartner und aktuelle EU-Maßnahmen in jedem Bereich eingegangen wird.

Der Vorschlag wird jetzt im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vom Europäischen Parlament und vom Rat geprüft.

Auch werden sich auf der Tagung des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2018 die Staats- und Regierungschefs erneut mit der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte befassen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemitteilung und Hintergrundinformationen [Link](#)





## Europäisches Parlament – Sonderausschuss zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln eingerichtet

Am 12. März 2018 erfolgte im Europäischen Parlament die [konstituierende](#) Sitzung des Sonderausschusses für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion um die Wiedezulassung des Wirkstoffs Glyphosat hatte das Europäische Parlament Anfang Februar beschlossen, mit Hilfe eines Sonderausschusses das EU-Genehmigungs- und Bewertungsverfahren für Pflanzenschutzmittel hinsichtlich Objektivität und Transparenz unter die Lupe zu nehmen. Der dreißig Mitglieder umfassende Ausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb von neun Monaten das Verfahren zu analysieren und zu bewerten. Es geht dabei um die angewendeten Methoden, die wissenschaftliche Qualität, die Unabhängigkeit des Verfahrens sowie die Transparenz des Beschlussfassungsprozesses. Auch soll bewertet werden, ob die zuständigen EU-Agenturen in Zusammenhang mit der Zulassung von Glyphosat die geltenden Regeln, Leitlinien und Verhaltenskodizes eingehalten haben. Ebenso soll die finanzielle und personelle Ausstattung der EU-Behörden auf den Prüfstand kommen. Ende April 2018 wird der Sonderausschuss „PEST“ seine inhaltliche Arbeit aufnehmen. Der Beschluss des EP zur Bildung des Ausschusses: [hier](#). • ms

## Europäisches Parlament – Besserer grenzüberschreitender Pakettransport zur Förderung des Online-Handels



Klarere Informationen über die Preise von Paketzustelldiensten sollen das Vertrauen der Verbraucher in grenzüberschreitende Einkäufe und den grenzüberschreitenden Versand stärken.

Die neuen Vorschriften, die das Europäische Parlament mit 604 Ja-Stimmen, 80 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen hat, sind Teil des [„Pakets zum elektronischen Geschäftsverkehr“](#).

Paketdienstleister müssen ihre Tarife für eine vordefinierte Liste der meistgenutzten Dienste übermitteln. Die Kommission wird die Preise auf einer eigens eingerichteten Website veröffentlichen, um Verbrauchern und Unternehmen die Möglichkeit zu geben, nationale und grenzüberschreitende Tarife zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Anbietern zu vergleichen und sich für das beste Angebot zu entscheiden. Indem sie zu einem gesunden Wettbewerb beiträgt, dürfte die neue Verordnung auch dazu führen, unangemessene Unterschiede zwischen den Tarifen abzubauen.

Eine [öffentliche Konsultation](#) der Kommission im Jahr 2015 ergab, dass mehr als zwei Drittel der Verbraucher auf einen Online-Einkauf verzichtet hatten, weil sie die Kosten für grenzüberschreitende Lieferungen als zu hoch empfanden. Laut einer [Studie aus dem Jahr 2015](#) sind die Preise für grenzüberschreitenden Pakettransport im Durchschnitt drei- bis fünfmal so hoch wie die Preise für alle Produkte im Inland.

Während dicht besiedelte Ballungsräume und große Unternehmen den Wettbewerb im Bereich der Paketzustellung anziehen, leiden KMU und Einzelpersonen in abgelegenen Gebieten an geringer Auswahl und hohen Preisen.



Die nationalen Regulierungsbehörden werden ermächtigt, zu prüfen, ob die Gebühren für Päckchen und Pakete, die der Universaldienstverpflichtung unterliegen, aber unangemessen hoch erscheinen, verhältnismäßig sind.

Nach den Vorschriften sollen Unternehmer – „sofern möglich und anwendbar“, heißt es im Text – dem Verbraucher Informationen über Preise, grenzüberschreitende Liefermöglichkeiten und über die eigenen Regelungen für die Bearbeitung von Beschwerden zur Verfügung stellen.

Die Betreiber werden außerdem verpflichtet, Informationen über den Umsatz, die Anzahl der gelieferten Pakete, die Anzahl und den Beschäftigungsstatus der Mitarbeiter sowie Informationen über Subunternehmer und Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden an die nationalen Behörden weiterzugeben, um einen besseren Überblick über die Entwicklung dieses wachsenden Sektors zu erhalten und etwaige Fälle von Marktversagen zu erkennen.

Ausgenommen sind Versender mit weniger als 50 Mitarbeitern, die nur in einem Land tätig sind.

Damit die im Dezember 2017 zwischen dem Parlament und den Verhandlungsführern des Rates vereinbarten Vorschriften in Kraft treten können, bedarf es nun noch der Zustimmung des Ministerrates. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäischer Gerichtshof - Urteil zum Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Organismen

In seinem Urteil am 14.3.2018 hat der EuGH festgestellt, dass die Untersuchungen zur Auswirkung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf die Gesundheit von Menschen oder Tieren auch einen Umweltaspekt beinhalteten. Die Verordnung über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel gehöre zu den Bereichen des Umweltrechts im Sinne der [Aarhus](#) - Verordnung. Insofern könnten Zulassungsbeschlüsse zu GMO auf Antrag einer internen Überprüfung unterzogen werden.

Anlass des Urteils war eine Klage der NGO TestBioTech aus dem Jahr 2016 gegen die EU-Kommission. Diese hatte zuvor einen Antrag von TestBioTech auf Durchführung einer internen Überprüfung von Zulassungsbeschlüssen über das Inverkehrbringen von Lebens- und Futtermitteln, die gentechnisch verändertes Soja enthalten, abgelehnt. Die Kommission vertrat im Wesentlichen die Auffassung, dass Aspekte im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Beurteilung genetisch veränderter Lebensmittel oder Futtermittel im Rahmen der Aarhus-Verordnung nicht geprüft werden könnten, da diese nicht die Beurteilung der Umweltrisiken, sondern vielmehr den Gesundheitsbereich betreffen. Der EuGH erklärt in seinem Urteil den Ablehnungsbeschluss für nichtig. Damit muss die Kommission erneut über den Antrag von TestBioTech entscheiden. • *ms*

Zur Pressemitteilung des EuGH gelangen Sie [hier](#), zur Klage und zum Urteil [hier](#)



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Brexit-Verhandlungen - Barnier präsentiert Entwurf für Austrittsvertrag

Auch 13 Monate vor dem geplanten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sieht EU-Chefunterhändler Michel Barnier noch „zu viele“ Meinungsunterschiede mit London. Dazu gehören etwa die Rechte der in einer Übergangsphase nach Großbritannien zugezogenen EU-Bürger und die Anerkennung von in der Übergangsphase erlassenen EU-Vorschriften auf der Insel. „Wenn wir die Verhandlungen zu einem Erfolg führen wollen, müssen wir schneller werden“, sagte er bei der Vorstellung eines Textentwurfs zu einem Austrittsvertrag. Darin seien die mit der britischen Regierung im Dezember vereinbarten Verpflichtungen in rechtliche Form gegossen und bei bisher ungeklärten Fragen die Positionen der EU aufgeführt.

Zu dem besonders strittigen Punkt der Nordirland-Frage enthält der Textentwurf ein Protokoll. Darin wird als Option zur Vermeidung einer harten Grenze auf der irischen Insel genannt, dass Nordirland auch nach dem Brexit weiter die Regeln des Binnenmarkts und der Zollunion befolgt. Das sei die gemeinsam vereinbarte Notfalllösung, falls keine andere gefunden werde, sagte Barnier. Der Vertragsentwurf wird zunächst dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament zur Erörterung vorgelegt, bevor er nach London übermittelt wird.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 04/18*

Entwurf des Austrittsabkommens [Link](#)

7

### Vorbereitung auf den Brexit - EU-Kommission gibt Hinweise zu Folgen für einzelne Branchen

Viele Unternehmen und andere Wirtschaftsteilnehmer warten gespannt auf genauere Informationen darüber, was nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU auf sie zukommt. Wie wird sich der Brexit für Finanzdienstleister oder die Autoindustrie auswirken, was kommt auf Unternehmen und Privatpassagiere im Luftverkehr zu, was auf Spediteure? In den Brexit-Verhandlungen ist noch vieles unklar, aber Dinge, die bekannt sind, veröffentlicht die EU-Kommission in technischen Mitteilungen für einzelne Wirtschaftssektoren im Internet. Nun hat sie diese Mitteilungen auf einer Webseite gebündelt.

Dort finden sich etwa Informationen, was nach dem Brexit auf die Abfallwirtschaft zukommen könnte oder auf Ratingagenturen. Neben anderen sind auf der Seite auch Mitteilungen zum Lebensmittelrecht, zum Handel mit Human- und Tierarzneimitteln, zur Tierzucht oder zu Änderungen bei öffentlichen Ausschreibungen abrufbar. In den Brexit-Verhandlungen geht es auch darum, die derzeitigen Regeln durch einen Übergangszeitraum noch bis Ende 2020 zu verlängern.

Doch laut EU-Chefunterhändler Michel Barnier kann die Einigung auf einen solchen Übergangszeitraum noch „nicht als gegeben“ angesehen werden.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 04/18*

Vorbereitung auf den Brexit [Link](#)



## Desinformation im Netz - Expertengruppe setzt auf Selbstregulierung

Mehr Transparenz, einen selbstregulierenden Ansatz, die Einbeziehung aller relevanten Interessenvertreter und mehr Medienkompetenz empfehlen Europas Experten, um Desinformation im Internet zu bekämpfen. Sie haben am 12. März ihren Bericht an die EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel übergeben. Die Kommissarin dankte der [hochrangigen Expertengruppe](#) unter der Leitung von Madeleine de Cock Buning.

In dem Bericht definiert die hochrangige Expertengruppe Desinformationen als falsche, ungenaue oder irreführende Informationen, die erfunden, präsentiert und verbreitet werden, um Gewinne zu erzielen oder bewusst öffentlichen Schaden anzurichten. Dies kann demokratische Prozesse und Werte gefährden und gezielt eine Vielzahl von Sektoren wie Gesundheit, Wissenschaft, Bildung und Finanzen treffen. In dem Bericht wird betont, dass bei möglichen Maßnahmen alle relevanten Interessenträger einbezogen werden müssen, wobei vorrangig ein selbstregulierender Ansatz empfohlen wird.

Die Gruppe empfiehlt, die Medienkompetenz zu fördern, Instrumente zu entwickeln, mit denen Nutzer und Journalisten gegen Desinformationen vorgehen können, die Vielfalt und Nachhaltigkeit der europäischen Nachrichtenmedien zu bewahren und die Forschung zu den Auswirkungen von Desinformationen in Europa fortzuführen.

Darüber hinaus spricht sich die Gruppe für einen Grundsätze-katalog aus, dem sich Online-Plattformen und soziale Netze verpflichten sollten. Einer der zehn in dem Bericht dargelegten zentralen Grundsätze besagt, dass Online-Plattformen beispielsweise für Transparenz sorgen sollten, indem sie erklären, wie Algorithmen die angezeigten Nachrichten auswählen. Sie werden auch aufgerufen, in Zusammenarbeit mit europäischen Nachrichtenquellen wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Sichtbarkeit zuverlässiger und vertrauenswürdiger Nachrichten zu erhöhen und den Nutzern den Zugang zu solchen Informationen zu erleichtern. Diese Maßnahmen sind insbesondere im Vorfeld von Wahlen von großer Bedeutung. Schließlich empfiehlt die Gruppe, ein Bündnis möglichst vieler Interessenträger zu schaffen, um sicherzustellen, dass die vereinbarten Maßnahmen umgesetzt, überwacht und regelmäßig überprüft werden.

Die Europäische Kommission hat außerdem am 12. März die Ergebnisse [Eurobarometer-Umfrage](#) veröffentlicht, bei der rund 26.000 Bürgerinnen und Bürgern befragt wurden. 83 Prozent der Befragten gaben an, dass Fake News eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Gleichzeitig unterstreichen die Ergebnisse die Bedeutung von Qualitätsmedien: Die Befragten empfinden die herkömmlichen Medien als die vertrauenswürdigste Nachrichtenquelle (Radio 70 Prozent, Fernsehen 66 Prozent, Printmedien 63 Prozent). Online-Nachrichten- und Videoportale im Internet stufen nur 26 bzw. 27 Prozent als vertrauenswürdig ein.

Dies wird auch durch die Resultate der öffentlichen Konsultation bestätigt. Demnach ist das Vertrauen in soziale Medien, Online-Nachrichtenaggregatoren sowie Online-Blogs und Websites am geringsten, während herkömmlichen Zeitungen und Zeitschriften, spezialisierten Websites und Online-Veröffentlichungen, Nachrichtenagenturen und öffentlichen Agenturen mehr Vertrauen entgegengebracht wird (insgesamt mehr als 70 Prozent).

Die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass eine Überprüfung der Fakten nach der Veröffentlichung der Desinformation keine Lösung ist, da die Richtigstellung nicht unbedingt die Menschen erreicht, die die ursprüngliche Information gesehen haben.





In seinem [Mandatsschreiben](#) forderte Präsident Juncker die für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige Kommissarin Mariya Gabriel auf, zu untersuchen, welche Herausforderungen Online-Plattformen durch die Verbreitung von Falschinformationen für unsere Demokratie mit sich bringen, und eine Diskussion darüber in Gang zu bringen, was auf EU-Ebene geschehen sollte, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Es wurde eine [hochrangige Expertengruppe](#) eingerichtet, um die Kommission hinsichtlich des Ausmaßes von Fake News zu beraten. Die 39-köpfige Expertengruppe setzte sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, von Plattformen der sozialen Medien und von Nachrichtenmedienorganisationen sowie aus Journalisten und Wissenschaftlern zusammen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Bericht der hochrangigen Expertengruppe für Fake News und Desinformationen [Link](#)

Erste Ergebnisse der öffentlichen Konsultation [Link](#)

Präsentation der Eurobarometer-Umfrage [Link](#)

## „Das kann der ELER“ - Broschüre erklärt EU-Förderung ländlicher Räume

Zahlreiche Ballungsräume in Deutschland und der ganzen EU haben Probleme, den vielen Zuziehenden genügend Wohnraum und wichtige Infrastruktur bereitzustellen, während viele Dörfer und kleine Städte unter dem Wegzug junger Leute und dem Leerstand von Häusern und Geschäften leiden. Die Zukunft ländlicher Gebiete ist auf der politischen Agenda auch in Deutschland nach oben gerückt.

Ein wichtiges Instrument zur Stärkung dieser Gebiete ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (ELER).

In der 52-seitigen Broschüre „Das kann der ELER“, herausgegeben von der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), wird der Fonds einem breiten Publikum vorgestellt. Aufgegriffen werden etwa die Fragen: Warum gibt es in Deutschland ELER Länderprogramme? Und was wird aus dem Fonds finanziert? 30 Projektbeispiele aus 13 Bundesländern zeigen, welche Schwerpunkte EU, Bund und Länder mit der Förderung aus dem ELER setzen.

Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen oder kostenlos bestellt werden.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 04/18*

Zum Netzwerk Ländliche Räume [Link](#)





## Neue interaktive Karte zeigt Unterstützung von KMUs durch EU-Investitionen



© Die Förderung von KMUs in Deutschland von 1991 bis 2018

Die Unterstützung kleiner Unternehmen bei der Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln ist für die EU von höchster Priorität. Dank der zahlreichen Finanzierungsprogramme der Europäischen Kommission und des Europäischen Investitionsfonds (EIF) haben Hunderttausende von KMU ganz Europa den finanziellen Impuls erhalten, den sie für die Gründung, das Wachstum und die Vergrößerung ihrer Unternehmen benötigen. In Deutschland haben seit 1991 über 100.000 KMUs eine Förderung durch die EU bekommen. Auf einer neuen, interaktiven Karte lässt sich jetzt nachvollziehen, wohin das Geld geflossen ist, aufgeteilt nach Bundesländern.

Zusätzlich zu der Region kann die Zahl der Arbeitsplätze eingesehen werden, die durch die Förderung entstanden sind. Sie können nach Finanzierungsprogrammen, nach Sektoren suchen oder einfach die Karte verschieben, um den

Ort zu finden, der Sie am meisten interessiert.

Die Karte finden Sie hier: <https://www.eif4smes.com/> • eag Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

Die Investitionsoffensive der EU [Link](#)

Projekte in Deutschland, die eine Förderung erhalten haben [Link](#)

## EU-Bewertungsverfahren auf dem Prüfstand - Vorschläge für mehr Transparenz im Lebensmittelrecht gefragt



Die Europäerinnen und Europäer sollten nach Ansicht der EU-Kommission künftig besser nachvollziehen können, wie bei der Zulassung von Pflanzenschutz-, Lebens- oder Futtermitteln Risiken für Menschen und Umwelt bewertet werden. Einen Gesetzesvorschlag zur Reform der Verfahren hat die Kommission für das Frühjahr angekündigt. Dabei steht auch das Vorgehen der

EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA auf dem Prüfstand. Alle Interessierten können bis zum 20. März online ihre Meinung dazu äußern.

Die Konsultation ist auch eine Reaktion der Kommission auf die Europäische Bürgerinitiative gegen die Zulassungsverlängerung für den Herbizidwirkstoff Glyphosat. In dieser wurde mehr Transparenz bei wissenschaftlichen Studien gefordert.

• eag Quelle: EU-Nachrichten 04/18

Öffentliche Konsultation zum Lebensmittelrecht [Link](#)



## EU-Warnsystem – Bericht für 2017

Ob Giftiges Spielzeug oder fehlerhafte Autos: im Jahr 2017 lösten mehr als 2000 gefährliche Produkte EU-Weiten Alarm aus. Die meisten Gefahrenmeldungen an das EU-Schnellwarnsystem gingen im letzten Jahr in den Bereichen Spielzeug und Kraftfahrzeuge ein. 354 Meldungen kamen aus Deutschland. Hier führten Kraftfahrzeuge (68 Prozent), Bekleidungsartikel (7 Prozent) und Kosmetika (6 Prozent) die Liste der gemeldeten gefährlichen Produkte an. Wie schon im Vorjahr war China das Ursprungsland Nr. 1 für gefährliche Produkte: 52 Prozent der Warnmeldungen entfielen auf Importe aus China. Rund 26 Prozent betrafen gefährliche Produkte aus Europa. Die Zahlen hat die Europäische Kommission am 12. März in Brüssel vorgestellt.

Laut dem vorgelegten Bericht über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte 2017 haben die nationalen Behörden das Schnellwarnsystem im letzten Jahr häufiger genutzt und mehr als 2000 Warnmeldungen über gefährliche Produkte über das System übermittelt. Spielzeug (beispielsweise verschiedene Modelle des beliebten Fidget Spinners), Pkw und Motorräder führten die Liste der entdeckten und daraufhin vom Markt genommenen gefährlichen Produkte an.



Die 2201 Warnmeldungen, die über das Schnellwarnsystem übermittelt wurden, zogen fast 4000 Folgemaßnahmen (wie die Entfernung der betroffenen Produkte vom Markt) nach sich. Dies zeigt, dass die nationalen Behörden die eingehenden Warnmeldungen enger überwacht und alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um den Markt für die Verbraucher sicherer zu machen.

Viele der über das Schnellwarnsystem gemeldeten gefährlichen Produkte werden auch über das Internet vertrieben. Um hierauf zu reagieren, fördert die Kommission die Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern und mit Online-Plattformen, damit keine unsicheren Produkte zu den Verbrauchern in der EU gelangen. Die Kommission hat am 1. März 2018 eine [Empfehlung](#) für eine Reihe operativer Maßnahmen abgegeben, die die Online-Plattformen und die Mitgliedstaaten ergreifen sollten, um stärker gegen illegale Inhalte im Internet einschließlich gefährlicher Produkte vorzugehen.

In ihrer Empfehlung ruft die Kommission Online-Plattformen unter anderem dazu auf, freiwillige Vereinbarungen abzuschließen, die über ihre bestehenden rechtlichen Pflichten auf dem Gebiet der Produktsicherheit hinausgehen.

Das Schnellwarnsystem ist ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung des EU-Verbraucherrechts durch die nationalen Verbraucherbehörden. Um die Durchsetzung weiter zu verbessern, wird die Kommission im April die neuen Rahmenbedingungen für Verbraucher („New Deal for Consumers“) vorstellen, die darauf abzielen, die bestehenden Vorschriften zu modernisieren und den Verbraucherschutz zu verbessern.

Die Kommission wird weiter an der Modernisierung des Schnellwarnsystems arbeiten, damit Behörden und Unternehmen die Verbraucher besser vor gefährlichen Produkten schützen können.

Der nächste Schritt der Modernisierung des Systems wird den Nutzern ermöglichen, jede Warnmeldung in allen Amtssprachen der EU zu lesen.

Derzeit nehmen 31 Länder (alle EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen) an dem System teil. Das Schnellwarnsystem funktioniert dank der täglichen, kontinuierlichen engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.



Für das Schnellwarnsystem wurde eigens eine öffentliche Webseite ([ec.europa.eu/consumers/rapid-alert-system](http://ec.europa.eu/consumers/rapid-alert-system)) eingerichtet, auf der die Warnmeldungen der am System beteiligten nationalen Behörden wöchentlich aktualisiert werden. Jede Woche werden rund 50 Warnmeldungen erfasst und im Internet veröffentlicht. Alle Meldungen sind der Öffentlichkeit zugänglich. Verbraucher und Unternehmen können inzwischen auch auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Benachrichtigungen über neue Warnmeldungen abonnieren und Warnungen über die sozialen Medien weitergeben.

Unternehmen steht auf der Website zudem ein spezielles Tool zur Verfügung, mit dem sie die nationalen Behörden schnell und effizient über ein Produkt informieren können, das sie selbst auf den Markt gebracht haben und das möglicherweise nicht sicher ist. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Homepage des Schnellwarnsystems [Link](#)

Fragen und Antworten [Link](#)

Suche nach über das Schnellwarnsystem veröffentlichten Informationen [Link](#)

Nationale Kontaktstellen für das Schnellwarnsystem [Link](#)

Jahresbericht und statistische Informationen [Link](#)





## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäisches Jahr des kulturellen Erbes



In der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel fand am Mittwoch, den 7. März das vierte Stakeholder-Treffen zum Jahr des kulturellen Erbes statt mit dem Goethe-Institut und der KOM statt.

Für das Jahr 2018, dem European Year of Cultural Heritage (EYCH), hat die KOM entschieden einen speziellen Call „Voices of Culture and Heritage“ zu veröffentlichen. Das Ziel dieses Calls ist es, den Dialog mit der

Zivilgesellschaft und Stakeholdern zu eröffnen auf dem Feld des kulturellen Erbes, um den Austausch von Ideen, Informationen und zu geplanten Aktivitäten zu fördern während des EYCH. Der speziell entwickelte Call umfasst bis zu 6 Meetings der Voices of Culture and Heritage Group in Brüssel, von denen drei bereits 2017 stattgefunden haben.

Weitere Informationen zur Projektbeschreibung finden sich auf der Web-Site: [Link](#)

Zur Begrüßung verwies der Staatssekretär für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt Dr. Gunnar Schellenberger darauf, dass das Europäische Kulturerbejahr 2018 uns wichtige Impulse geben kann, wieder neu zu begreifen, was uns in Europa miteinander verbindet. Dies werde auch in Sachsen-Anhalt deutlich. Er verwies auf die Straße der Romanik, die Feierlichkeiten zum 500. Reformationsjubiläum und das anstehende Bauhausjubiläum im Jahr 2019 und betonte, dass sich das Land der Verpflichtung stelle, die Kulturschätze Sachsen-Anhalts mit der Unterstützung der EU zu bewahren.



Im Anschluss führte Michel Magnier, Direktor für Kultur und Kreativität der Generaldirektion Bildung und Kultur der KOM in das Thema und das Tagesprogramm ein. Beim vierten Stakeholder-Treffen zwischen der EU-Kommission und der Zivilgesellschaft ging es zentral um einen Austausch und ein Update zu bereits stattgefundenen und auch noch künftig geplanten Aktivitäten und Veranstaltungen auf europäischer und nationaler Ebene, um gemeinsam möglichst





gut das Kulturerbejahr 2018 zu nutzen. Am Nachmittag beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Frage, wie aus dem Europäischen Kulturerbejahr das Beste zu machen sei und wie man die Auswirkungen des Jahres durch effiziente Kommunikation maximieren kann. Die sehr lebhaft auch aus dem Publikum geführten Diskussionen sorgten für einen lohnenswerten Effekt für alle Beteiligten. • *cj*

Weitere Informationen:

Zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 [Link](#)

## Gemeinde Barleben in neuer europäischer Peer-to-Peer Initiative

Am 8. März 2018 trat in Brüssel zum vierten Mal die "Task Force on Ukraine" des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zusammen, mit dabei auch Sören Herbst, AdR-Mitglied aus Sachsen-Anhalt (EVP-Fraktion). Die Task Force informierte sich zunächst aus erster Hand über den Stand der Dezentralisierungs-Reform in der Ukraine. Die Bürgermeister von drei neuen Einheitsgemeinden, Vertreter zweier Regionen sowie der stellv. Minister für regionale Entwicklung, Vyacheslav Nehoda, nahmen an dem Treffen teil. Für die Europäische Union waren unter anderem Peter M. Wagner, Leiter der Support Group for Ukraine der EU-Kommission sowie Mitarbeiter des EU External Action Service zugegen. „Die Dezentralisierung darf zurecht als die Wichtigste aller Reformen in der Ukraine bezeichnet werden, denn zum ersten Mal in der Geschichte des Landes erhalten die lokalen Gebietskörperschaften weitreichende Befugnisse. Bürgermeister und Gemeinderäte der neu zusammengelegten Gemeinden tragen nun wesentlich mehr Verantwortung und die Bürger schauen viel genauer hin, was ihre gewählten Repräsentanten eigentlich tun, und ob sie es gut tun“, so Sören Herbst.

14

Im Anschluss fand die Auftaktveranstaltung für eine neue „Peer-to-Peer“-Initiative der Task Force Ukraine und des „U-LEAD with Europe“-Programms der EU-Kommission und weiterer Partner statt. Hierbei werden drei ukrainische Einheitsgemeinden sowie zwei Regionen mit der gleichen Anzahl an Gebietskörperschaften aus Mitgliedsstaaten der EU in Verbindung gebracht, um in den Austausch zu aktuellen Themen zu treten sowie partnerschaftlich an der Entwicklung ihrer Gemeinden mitzuwirken. Eine der drei ausgewählten EU-Gemeinden ist die Einheitsgemeinde Barleben aus Sachsen-Anhalt, die durch Sven Fricke, Leiter des Unternehmerbüros der Gemeinde Barleben, vertreten wurde. Barlebens Partner innerhalb der Peer-to-Peer-Initiative ist die ukrainische Gemeinde Shyroke aus der Region Saporischschja. Zu dieser Region, deren Gebietshauptstadt Saporischschja seit 2008 Partnerstadt der Landeshauptstadt Magdeburg ist, unterhält das Land Sachsen-Anhalt seit einigen Jahren Kontakte.

In einem Workshop unter der fachkundigen Leitung der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), arbeiteten die Vertreter Barlebens und Shyrokes heraus, das Thema Unterstützung bzw. Ansiedlung von kleinen und mittelständigen Unternehmen (KMU) in den Vordergrund der Kooperation zu stellen. Vor wenigen Wochen hatten Mitarbeiter



der Gemeindeverwaltung Shyroke bereits Barleben besucht und sich dort unter anderem intensiv mit dem dortigen Technologiepark sowie dem Konzept eines Innovations- und Gründerzentrums auseinandergesetzt. Sven Fricke: „Ich freue mich sehr, dass wir mit unserer erfolgreichen Arbeit an dem im Herzen Europas gelegenen Wirtschaftsstandort Barleben ein gutes Beispiel für die internationale Zusammenarbeit



geben und die Gemeinde Shyroke mit unserem Know-how unterstützen können.“

Foto v.l.n.r. Denis Korotenko (Bürgermeister Gemeinde Shyroke), Viktoria Agentaeva (Entwicklungsagentur Gemeinde Shyroke), Sören Herbst (AdR), Sven Fricke (Leiter Unternehmersbüro Gemeinde Barleben) Foto: AdR • *Gastartikel*

## **GESUNDHEIT EUROPÄISCH FÖRDERN - Vernetzen und informieren zu Gesundheitsthemen in Horizont 2020**

Die Europäische Union stellt im Programm „Horizont 2020“ 75 Milliarden Euro über mehrere Jahre zur Verfügung. Damit ist es weltweit das größte Förderprogramm für Forschung und Innovationen. Etwa 700 Millionen stellt Horizont 2020 allein in den Jahren 2018-20 im Arbeitsprogramm Gesundheit zur Verfügung. In welchen Themenfeldern, mit welchen Förderinstrumenten, wer berät



dazu? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Konferenz „Gesundheit europäisch fördern“, die am Donnerstag, dem 8. März 2018, am Universitätsklinikum Halle (Saale) stattgefunden hat. Veranstalter waren das EU-Hochschulnetzwerk Sachsen-Anhalt, die Universitätsmedizin Halle (Saale), die EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt und das Enterprise Europe Network. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Nationalen Kontaktstelle Lebenswissenschaften, dem Land und dem Wissenschaftsministerium Sachsen-Anhalt und vom Europäischen Strukturfonds (ESF).

Rund 60 Gäste aus Hochschulen, Unternehmen, kommunalen und sozialen Einrichtungen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Ministerien sind vom Prodekan für Forschung der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Dirk Vordermark, begrüßt worden. In seiner Begrüßung wies Vordermark darauf hin, dass Sachsen-Anhalt bei der demographischen Entwicklung in Deutschland eine Vorreiterrolle einnimmt: „Ich denke, der fortgeschrittene demographische



Wandel bei uns in Sachsen-Anhalt ist nicht nur ein Problem, sondern im Kontext von Forschungsinitiativen ein Alleinstellungsmerkmal im positiven Sinne, das die modellhafte Entwicklung von Betreuungs-, Behandlungs- und Versorgungskonzepten ermöglicht, die dann auf andere Regionen Deutschlands und Europas übertragen werden können“, so Vordermark. Sachsen-Anhalts Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, Dr. Jürgen Ude erläuterte den Anwesenden die Innovationsstrategien des Landes und den Leitmarkt Gesundheit und Medizin. „Bildung und Wissenschaft mit dem Leitmarkt zu verknüpfen, ist sehr wichtig“, sagte er. Aktuell werden laut im Land 96 Projekte im Umfang von 52 Millionen Euro im Rahmen von Horizon 2020 gefördert werden. 35,4 Prozent davon entfallen laut Ude auf den Bereich Gesundheit. Doch es gebe noch Luft nach oben, wie er sagte: „Wir müssen uns als Land besser vermarkten und zeigen.“



Dazu sei der Weg nach Brüssel, heißt, das Einwerben von EU-Fördermitteln und Präsenz vor Ort nötig.

Nachdem der Vormittag den Details des Programms Horizon 2020 gewidmet war, stand der Nachmittag ganz im Zeichen der Vernetzung. In fünf Beiträgen wurden die Vorreiter in der sachsen-anhaltischen Medizintechnik vorgestellt. Mit dabei war der humanoide Pflegeroboter THEA, der federführend von Prof. Dr. Jahr von der UKH entwickelt wird. Für die Teilnehmer war der Nachmittag eine wertvolle Gelegenheit, sich untereinander zu vernetzen und über gemeinsame Forschungs- und Innovationsprojekte inner- und außerhalb von Horizon 2020 nachzudenken. Ein Fokus lag dabei auf der Kooperation mit der Region Süd Dänemark, dessen Vertreter Allan Nordby Ottesen erläutert hat, wie das Gesundheitssystem Süd Dänemarks mit den Herausforderungen des demographischen Wandels umgeht.



Quelle: Cornelia Fuhrmann, Uniklinikum Halle und Sabine Eling-Saalmann, EU Service-Agentur







## Schülergruppe besucht Landesvertretung Brüssel

Im Rahmen einer fünftägigen Studienreise lernte eine Gruppe von 50 Schülern des Burger Roland-Gymnasiums am 12. März die Landesvertretung in Brüssel kennen. Zuvor besuchten sie die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament und hörten Vorträge zu deren Rolle in der EU.

Bei einer Führung durch die Liegenschaft wurden die interessierten Besucher von Frau Dr. Franz, Leiterin der Landesvertretung, über die Geschichte des Gebäudes als Botschaft der ehemaligen DDR bis hin

zur Entstehung des „Zentrums der Regionen“ informiert. Zudem wurden der Gruppe sowohl die Funktion, als auch die gesamte Bandbreite der Tätigkeiten der Vertretung des Landes bei der EU nähergebracht.

Neben dem Engagement für die Interessen Sachsen-Anhalts auf EU-Ebene gehört auch die Planung und Umsetzung verschiedenster Veranstaltungsformate zur Vorstellung und Repräsentation des Landes. Es sollen das Interesse am Land geweckt, und Kontakte vermittelt werden. Frau Dr. Franz betonte, dass

nur durch kooperative Zusammenarbeit bevorstehenden Herausforderungen wie dem Brexit begegnet werden könne. Dabei ist das gemeinsame Wirken zwischen den sachsen-anhaltischen Institutionen und der Landesvertretung in Brüssel, sowie den Partnerregionen des Landes und dem Ausschuss der Regionen von zentraler Bedeutung. Im weiteren Reiseverlauf standen für die Schülergruppe die kulturelle Erkundung Brüssels und ein Ausflug nach Brügge auf dem Besuchsprogramm. • ja



## Konferenz: „Under Construction“ - 22. bis 24. März 2018 in Magdeburg

Das [Kulturhauptstadtbüro Magdeburg 2025](#) veranstaltet für Bewerberstädte zur Kulturhauptstadt Europa 2025 aus Deutschland und Slowenien die mehrtägige Konferenz „Under construction - Die europäische Dimension - ob

und wie können die Bewerberstädte zur Neugestaltung Europas beitragen?“. Am ersten Veranstaltungstag, der für die breite Öffentlichkeit vorgesehen ist, liegt der Fokus auf europäischen Fördermöglichkeiten aus den Bereichen Kultur und Bürgerschaftliches Engagement. Die Inhalte und Fördermöglichkeiten des derzeit laufenden Teilprogramms KREATIVES EUROPA KULTUR stellt Anja Dietzmann vom CED KULTUR vor, während Jeanette Franza das EU-Förderprogramm [„Europa für Bürgerinnen und Bürger“](#) präsentiert.

• eag Quelle: *Creativ Europe Desk Newsletter 2/2018*

Weitere Information unter [www.magdeburg2025.de](http://www.magdeburg2025.de)





# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	Rechnungshof Stellenausschreibung ECA/2018/1 — Ein (1) Dienstposten eines Direktors (m/w) im Prüfungsbereich (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14)
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 84 A vom 6. März 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:084A:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:084A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>10. April 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Die Bewerbungen müssen in englischer oder französischer Sprache abgefasst sein und sind <b>ausschließlich über das Online-Formular</b> einzureichen, das über die auf der Website des Europäischen Rechnungshofs veröffentlichte Stellenausschreibung abrufbar ist: <a href="http://www.eca.europa.eu/de/Pages/JobOpportunities.aspx#page-search/index/lang/de_DE">http://www.eca.europa.eu/de/Pages/JobOpportunities.aspx#page-search/index/lang/de_DE</a>

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung eines allgemeinen Auswahlverfahrens Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) führt das folgende allgemeine Auswahlverfahren durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>• EPSO/AD/356/18 — BEAMTE (m/w) DER FUNKTIONSGRUPPE ADMINISTRATION (AD 5)</li> </ul>
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 88 vom 8. März 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:088:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:088:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>10. April 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Die Bekanntmachung des Auswahlverfahrens wird in 24 Sprachen im <a href="#">Amtsblatt der Europäischen Union C 88 A vom 8. März 2018</a> veröffentlicht Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: <a href="https://epso.europa.eu/">https://epso.europa.eu/</a>

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHES PARLAMENT <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellenausschreibung PE/203/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Präsidentschaft — Direktion Plenarsitzungen</li> <li>• Stellenausschreibung PE/205/S Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union —</li> </ul>
--------------------	---





	<p>Direktion Legislative Koordination und Vermittlungsverfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellenausschreibung PE/211/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Infrastrukturen und Logistik — Direktion Ressourcen</li> <li>• Stellenausschreibung PE/213/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Konferenzlogistik und -Dolmetschen — Direktion Konferenzorganisation</li> <li>• Stellenausschreibung PE/214/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung — Direktion Infrastrukturen und Anlagen</li> <li>• Stellenausschreibung PE/215/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Sicherheits- und Schutzbelange — Direktion Strategie und Ressourcen</li> </ul>
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 90 A vom 9. März 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:090A:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:090A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>23. März 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Die Bewerber werden gebeten, ausschließlich per E-Mail und unter Angabe der Referenznummer der Bekanntmachung im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben ( <i>z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung</i> ) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu schicken: <a href="mailto:EP-SENIOR-MANAGEMENT@ep.europa.eu">EP-SENIOR-MANAGEMENT@ep.europa.eu</a>

## Generalisten-Concours ausgeschrieben

Wie vom Europäischen Personalauswahlamt (EPSO) angekündigt, wurde der 2018-er Generalisten-Concours (EPSO/AD/356/18) veröffentlicht!

Sie können sich also ab sofort für das Auswahlverfahren anmelden.

Die Zulassungsvoraussetzungen und alle Details zum Auswahlverfahren entnehmen Sie bitte der beigefügten Ausschreibung oder dem nachstehenden Link: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2018:088A:TOC> (siehe auch Ausschreibung 2)

Die Bewerbungsfrist endet am 10. April 2018 um 12:00 Uhr mittags (MEZ)

Gleichzeitig können Sie sich auch für die Vorbereitungsseminare des Auswärtigen Amtes für die erste Testphase des Concours (Multiple Choice Test) anmelden.

Telefonische Auskunft unter: 030 – 5000 2478 oder per E-Mail: [E13-seminare@seibel-wwl.de](mailto:E13-seminare@seibel-wwl.de)

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 8. März 2018*



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
Eurostars  South Korea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	A South Korean company is looking for partners (companies or research institutes) for development of Parkinson disease diagnosis device  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/89f50766-fb73-40eb-93c6-303633e98c09">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/89f50766-fb73-40eb-93c6-303633e98c09</a>
Horizon 2020  Call: H2020-ICT-29-2018  Spain	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	A Spanish company is preparing a proposal for the topic "A multilingual Next Generation Internet" and is looking for technology providers (companies or research institutions) experienced in natural language processing for a European multilanguage grid.  The project proposal aims at creating a European multilanguage grid that will allow every European citizen to be able to access content and engage in written and spoken communication activities without language being a barrier.  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/d2b32a1b-1db0-4e79-bea3-35b86f90affb">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/d2b32a1b-1db0-4e79-bea3-35b86f90affb</a>
Business Request -Enterprise Europe Network Database  Poland	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	A Polish company seeks suppliers of special medical materials and offers distribution services agreement.  The company needs to import: <ul style="list-style-type: none"> <li>- dura mater substitutes</li> <li>- silicone surgical loops</li> <li>- cranial fixation systems</li> </ul>



		CE safety mark is necessary. Only OEM (Original Equipment Manufacturer) version is requested. <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ae8ec733-9541-46f9-a2e6-520181314ae7">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ae8ec733-9541-46f9-a2e6-520181314ae7</a>
--	--	--



### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

22

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

#### Der drohende Handelskrieg

Ausgenutzt und bedroht – so und so ähnlich beschreibt US-Präsident Donald Trump in den vergangenen Wochen die Lage der amerikanischen Wirtschaft. Deswegen verhängt der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Strafzölle, die nicht nur die Wirtschaft der Europäischen Union hart treffen, sondern die Welt an den Rand eines Handelskrieges treiben könnten. In dieser Woche stellen wir deshalb einige Fragen über ...

1. Bestimmte Waren europäischer Exporteure in die USA könnten demnächst von signifikanten Zollabgaben betroffen sein. Welche Waren sollen wie hoch verzollt werden?
  - a) Stahl (25%) & Aluminium (10%)
  - b) Lebensmittel (17%)
  - c) Gummierzeugnisse (15%) & Rüstungsgüter (40%)



2. Kanada und Mexiko werden von den Strafzöllen ausgenommen sein, da beide Länder mit den USA das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) abgeschlossen haben. Das amerikanisch-europäische Pendant namens „Transatlantisches Freihandelsabkommen“ (TTIP) ist bisher noch nicht zustande gekommen. Wer verhandelt für die EU mit den USA sowohl über die Strafzölle als auch über das TTIP?
- a) Jean-Claude Juncker
  - b) Antonio Tajani
  - c) Cecilia Malmström
3. Die Maßnahmen Donald Trumps sind umstritten, aber nicht unbegründet. Zwischen den USA und der EU klafft ein deutliches Handelsdefizit. Welches EU-Mitgliedsland hatte 2017 mit 50,5 Milliarden Euro den höchsten Exportüberschuss gegenüber den Vereinigten Staaten?
- a) Frankreich
  - b) Deutschland
  - c) Großbritannien mit Irland





## Antworten

- zu 1.) Richtig ist Antwort a. Exporteure von Stahl und Aluminium aus der EU könnten zukünftig mit 25% beziehungsweise zehn Prozent Strafzöllen auf ihre Güter belegt werden. Damit will Donald Trump die heimische Stahl- und Aluminiumindustrie vor den meist preiswerteren Produkten aus dem Ausland schützen.
- zu 2.) Antwort c ist korrekt. Die Schwedin Cecilia Malmström ist seit 2014 EU-Kommissarin für Handel und damit verantwortlich für die Außenhandelspolitik der Europäischen Union. Sie ist eine von 28 Mitgliedern der Europäischen Kommission (inklusive Kommissionspräsident).
- Zu 3.) Antwort b ist richtig. Der Handelsüberschuss auf deutscher Seite beträgt 50,5 Milliarden Euro. Dieses Handelsdefizit hält seit Jahren an, 2015 hatte es mit 53,5 Milliarden Euro seinen Höchststand seit dem Jahr 2000.



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenpiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

